

## Beschluss (vorläufig) Kapitel 1: Berlin bleibt lebenswert

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	14.02.2026
Tagesordnungspunkt:	3. Kapitel 1 des Landeswahlprogramms (Klimaschutz, Wärme, Energie, Stadtnatur, Umwelt, Tierschutz, Ernährung, Verbraucher*innenschutz, Sport)

1 Berlin ist unsere gemeinsame Lebensgrundlage: Großstadt, Naturraum und Zuhause zugleich. Wie  
2 wir mit ihr umgehen, entscheidet darüber, ob Berlin auch in Zukunft lebenswert bleibt.  
3 Umwelt- und Klimaschutz gehören für uns untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und  
4 wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zusammen. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin  
5 widerstandsfähig gegenüber den Folgen der Klimakrise wird und seinen Beitrag zum Erreichen  
6 der Pariser Klimaziele leistet: mit konsequentem Klimaschutz, sauberer Energie und einer  
7 Stadtentwicklung, die Mensch und Natur gleichermaßen schützt. Dabei sind Klimaschutz und  
8 Klimaanpassung für uns ein elementarer Baustein einer resilienten Stadt, in der ein gutes  
9 Leben für alle möglich ist.

10 Deshalb ist es umso fataler, dass die Rückschrittskoalition aus CDU und SPD mit ihrer  
11 Haushaltspolitik und falschen Prioritätensetzung dafür sorgt, dass die Klimaziele 2030 nicht  
12 mehr zu halten sind, und so faktisch das Ziel, Berlin 2045 klimaneutral zu machen, stark  
13 gefährdet. Das geht gegen die Interessen der Bevölkerung, denn die Stadtnatur ist den  
14 Berliner\*innen wichtig. Dies hat zuletzt die Initiative „Baumentscheid“ gezeigt. Es kann  
15 nicht sein, dass es erst, eine starke Zivilbevölkerung braucht, um Umwelt- und Klimaschutz  
16 in Berlin durchzusetzen; dies sind Aufgaben, die der Senat selbst in die Hand nehmen muss:  
17 es braucht endlich wieder eine Landesregierung, die hier die richtigen Prioritäten setzt!  
18 Berlin muss sich ein Vorbild an Hamburg nehmen, das nun schon 2040 klimaneutral sein will.  
19 In Regierungsverantwortung werden wir den Fahrplan zur Klimaneutralität und -anpassung auf  
20 solide Beine stellen und Prioritäten setzen, um die Ziele schnellstmöglich zu erreichen.

21 Klima- und Umweltpolitik ist für uns Zukunftspolitik, sondern wirkt konkret im Hier und  
22 Jetzt: Sie sichert die Lebensqualität, schützt Gesundheit, schafft neue Chancen - und sie  
23 ist für uns auch Gerechtigkeitspolitik. Menschen mit niedrigem Einkommen, Frauen und ältere  
24 Menschen spüren in unserer Stadt die ökologischen Folgen am stärksten, obwohl sie deutlich  
25 weniger CO<sub>2</sub> verursachen. Deshalb müssen Klimaschutzmaßnahmen dort ansetzen, wo die Belastung  
26 am größten ist. Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise. In Berlin wollen wir Menschen,  
27 die staatliche Transferleistungen erhalten, unbürokratisch dabei unterstützen, Förderungen  
28 wie für Balkonkraftwerke zu nutzen. Wir wollen, dass Berlin als klimaneutrale, soziale  
29 Metropole Vorreiterin wird, mit einer Energieversorgung, die sicher, 100 % erneuerbar und  
30 bezahlbar ist, mit Stadtgrün, das kühlt und Orte der Erholung schafft, und mit Wasser, das  
31 in der Stadt gehalten und sorgsam genutzt wird. Berlin soll zeigen, dass mehr Klimaschutz  
32 auch mehr qualitativer Wohlstand bedeutet und Voraussetzung für das urbane Leben der Zukunft  
33 ist. Investitionen in erneuerbare Energien sind Zukunftsinvestitionen: Sie sorgen für  
34 Preisstabilität und schaffen die Voraussetzung für die Unabhängigkeit von fossilen  
35 Brennstoffen. Sie sichern die Freiheit, denn fossile Brennstoffe können vorwiegend von  
36 autoritär regierten Staaten bezogen werden.

37 Klimaschutz endet nicht an der Stadtgrenze und nicht an der Wohnungstür. Er betrifft unseren  
38 Alltag: Es geht um saubere Luft, weniger Lärm, den Erhalt der Biodiversität, gesunde  
39 Ernährung, wirksamen Tierschutz und faire Produktionsbedingungen. Wir wollen eine Stadt, die  
40 Verantwortung übernimmt: für die Menschen, die hier leben, und für die, die unter den Folgen  
41 unseres Handelns weltweit leiden. Unsere Umwelt- und Klimapolitik ist dabei nicht nur  
42 Zukunftspolitik, sondern leistet einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Wir setzen auf

43 Kreislaufwirtschaft statt Verschwendung, auf Zusammenarbeit statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl  
44 statt Profitdenken. So gestalten wir ein Berlin, das klimafest, gerecht und lebenswert  
45 bleibt, für uns und für kommende Generationen.

### 46 1.1. Gerechte Wärmewende – Klimaschutz stärken

47 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Vorbild für konsequenten und sozial gerechten  
48 Klimaschutz wird und seinen Beitrag zu den Pariser Klimazielen leistet. Mit verbindlichen  
49 Zielen und klaren Zuständigkeiten machen wir Klimaschutz zur zentralen Aufgabe und bringen  
50 Berlin zurück auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2040. Dafür werden wir Grüne das Berliner  
51 Energie- und Klimaschutzprogramm wieder mit Leben füllen und unter Einbeziehung der  
52 Empfehlungen des Klimabürger\*innenrates zügig verabschieden. Entscheidend für das Erreichen  
53 der Klimaziele ist neben der Verkehrs- eine erfolgreiche Wärmewende – sie ist das Fundament  
54 und zugleich eine der größten ökosozialen und ökonomischen Zukunftsaufgaben unserer Stadt.  
55 Nur mit konsequenter Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes, der Stromversorgung und der  
56 perspektivisch geplanten Stilllegung des Gasnetzes sowie einer sozial gerechten  
57 Energiepolitik bleibt Wärme bezahlbar und Berlin zukunftsfähig. Die Erreichung der  
58 Klimaziele erfordert ein systematisches und koordiniertes Vorgehen, das Klima konsequent zur  
59 Querschnittsaufgabe für den Senat macht. Wir wollen deshalb einen Klima-Check für alle  
60 Gesetze und Maßnahmen, damit Klimaschutz in allen Politikfeldern entscheidungsrelevant ist.  
61 Und geltendes Recht muss endlich umgesetzt werden: wenn die Vorgaben des Berliner  
62 Klimaschutzgesetzes nicht eingehalten werden, müssen zwingend Maßnahmenprogramme erarbeitet  
63 und umgesetzt werden.

#### 64 Potenziale der Wärmewende endlich nutzen

65 Derzeit ist Berlin noch immer stark von fossilen Energieträgern abhängig und nutzt die  
66 Potenziale erneuerbarer Wärmequellen bisher kaum. Abwärme aus Industrie, Gewerbe und  
67 Rechenzentren, Wärme aus Abwasser oder Gewässer und Geothermie bleiben weitgehend  
68 unerschlossen. Rund 90 Prozent der Berliner Fernwärme stammen weiterhin aus Erdgas- und  
69 Steinkohlekraftwerken, und im Wohnungsbereich entfallen nur etwa sechs Prozent der  
70 Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien. Um klimaneutral zu werden, müssen die Wärmenetze  
71 konsequent und beschleunigt auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Gleichzeitig muss die  
72 Energieeffizienz vorrangig bei den energetisch schlechtesten Gebäuden gesteigert und  
73 insbesondere die Sanierungsquote deutlich erhöht werden. Dadurch sollen Mietende vor  
74 fossilen Kostenfallen geschützt werden.

75 Für die erfolgreiche Umsetzung der ab 2026 vorliegenden Wärmeplanung müssen Strukturen  
76 geschaffen, Hemmnisse beseitigt und Förderinstrumente gestärkt werden. Die Bezirksämter  
77 müssen zu handlungsfähigen Steuerungsebenen werden, die Wärmeplanung und Quartierslösungen  
78 vor Ort wirksam umsetzen. Wir wollen auf bezirklicher Ebene Wärmewende-Manager\*innen als  
79 "Kümmerer" für die Quartierswärme finanziell absichern. Um Nahwärmeprojekte zu ermöglichen,  
80 sollen die Bezirke, das Land Berlin und der Bund ihre Liegenschaften im Einzugsgebiet der  
81 Netze als Ankerkunden einbringen.

82 Neben klassischer Fernwärme sind neue Nahwärmenetze eine sehr effiziente Möglichkeit,  
83 erneuerbare Energien und Abwärme zu nutzen und Quartiere gemeinschaftlich klimaneutral zu  
84 versorgen. Dabei wollen wir Grüne Nahwärmegenossenschaften gezielt fördern, um eine  
85 bürger\*innennahe und sozial gerechte Energiewende zu stärken. Die Unterstützung soll sowohl  
86 Gründungs- als auch Investitionsförderung umfassen. Wir werden die abgeschaffte  
87 Servicestelle energetische Quartierssanierung wieder einrichten, welche auch die Chancen der  
88 auf Bundesebene wieder eingeführten energetischen Stadtsanierung optimal bündelt.

89 Mit ergänzenden Förderprogrammen wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen vorantreiben –  
90 besonders dort, wo sie die beste Lösung sind: in Gebieten mit Ein- und Zweifamilienhäusern.  
91 Die Förderung des Einbaus von Wärmepumpen wird von der Bundesregierung zur Debatte gestellt.  
92 Um Investitionssicherheit zu bieten, müssen unsere Landesförderungen die bestehenden  
93 Programme möglichst ergänzen und Lücken auffangen. Wer weder einen Eigenanteil noch die  
94 Vorfinanzierung der KfW leisten kann, darf nicht in der fossilen Kostenfalle hängen bleiben.  
95 Wir wollen eigene Förderprogramme bieten, die die Förderung umdrehen: statt Geld  
96 vorzustrecken, zahlt direkt das Land. Wir bauen zudem die Förderung aus, dass sie z.B. auch  
97 für ein bezuschusstes Heizungs-Leasing-Programm oder für Wärme-Contracting-Modelle genutzt  
98 werden kann. So können alle bei der energetischen Sanierung und beim Heizungstausch  
99 mitmachen, die lieber überschaubare monatliche Raten zahlen anstatt eine größere Investition  
100 vorzufinanzieren. Wir prüfen, wie wir Haushalte mit geringem Einkommen direkter unterstützen  
101 können, beispielsweise indem Kosten direkt übernommen und nicht erst von den  
102 Eigentümer\*innen vorgestreckt werden müssen.

103 Durch ein gutes Angebot an Unterstützungsleistungen wie Beratung und ergänzende Förderung,  
104 insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen, wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen  
105 vorantreiben – in Ein- und Zweifamilienhäusern, aber auch in Mehrfamilienhäusern, wo die  
106 technischen Voraussetzungen gegeben sind. Kostenfreie und unabhängige Beratungsangebote wie  
107 BAUinfo Berlin werden wir als zentrale Anlaufstelle aufbauen und dauerhaft sichern.

108 Die Nutzung von oberflächennaher Geothermie wollen wir erleichtern, Bohrungen auch im  
109 öffentlichen Straßenraum ermöglichen und die Aufhebung der Tiefenbegrenzung geothermischer  
110 Bohrungen von 100 Metern beibehalten.

111 Klimaneutrale Wärmeversorgung konsequent verwirklichen

112 In den Fernwärmegebieten sind die Betreiber\*innen verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu  
113 werden – doch die bisherigen Dekarbonisierungspläne genügen diesem Anspruch nicht. Gerade  
114 bei der rekommunalisierten Fernwärme hat Berlin die Verantwortung, die Wärmeversorgung  
115 konsequent klimaneutral und bezahlbar zu gestalten. Wir lehnen die Verbrennung von Holz in  
116 Holzheizkraftwerken ab, da sie in der Realität nicht klimaneutral ist. Aufgrund des enormen  
117 Holzbedarfs würde das zudem zu einer Plünderung der Wälder aus unserer Region oder anderen  
118 Waldgebieten führen. Auch die geplante Müllverbrennung am Standort Klingenberg ist mit den  
119 Zero-Waste-Zielen nicht vereinbar und soll daher reduziert werden. Da grüner Wasserstoff auf  
120 absehbare Zeit weder in der erforderlichen Menge noch zu kalkulierbaren Preisen zur  
121 Verfügung stehen wird, kommt er für uns in der Wärmeversorgung nicht infrage. Wir werden  
122 dafür sorgen, dass die landeseigene Berlin Energie und Wärme GmbH (BEW) in wirklich  
123 klimaneutrale Wärmetechnologien investiert und nicht in teure und fossile Sackgassen. Dabei  
124 setzen wir insbesondere auf die Nutzung lokal verfügbarer Wärmequellen und effizienter  
125 Technologien wie Großwärmepumpen, Tiefengeothermie und Abwärmenutzung wie z. B. aus  
126 Datacentern oder dem Abwasser. Die Dekarbonisierung der Fernwärme soll eine klare Priorität  
127 vor der Netzerweiterung haben. Die Preisgestaltung der BEW muss transparent sein. Moderne  
128 Systeme zur Steuerung von Heizungssystemen senken mit geringem Aufwand Energieverbrauch und  
129 Heizkosten. Wir setzen uns für ihren flächendeckenden Einsatz in öffentlichen Gebäuden und  
130 bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein.

131 Nach der Rekommunalisierung der Fernwärme ist es unser Ziel, die BEW weiter zu  
132 demokratisieren. Wir sind davon überzeugt, dass wir die sozialgerechte Wärmewende vor allem  
133 dann schaffen, wenn Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven sich daran beteiligen  
134 können. Wir wollen deshalb Formen der effektiven und verbindlichen Beteiligung etablieren,

135 die Beschäftigte der BEW, die Berliner Zivilgesellschaft und die Kund\*innen aktiv an der  
136 Transformation der BEW miteinbezieht.

137 Das Erdgasverteilnetz ist nicht sinnvoll dekarbonisierbar und wird in großen Teilen mittel-  
138 bis langfristig nicht mehr gebraucht. Nur dort, wo Industrie- und Gewerbestandorte versorgt  
139 werden müssen, die anders nicht klimaneutral werden können, unterstützen wir den teilweisen  
140 Umbau des bestehenden Gasnetzes zu einem Wasserstoffnetz mit grünem Wasserstoff.  
141 Überflüssige Netzabschnitte sollen schrittweise und sozialverträglich stillgelegt werden.  
142 Endkund\*innen haben das Recht auf frühzeitige Information und müssen in die  
143 Stilllegungsprozesse einbezogen werden. Während der Stilllegung müssen sie vor steigenden  
144 Netzkosten geschützt werden. Wir lassen niemanden in der immer teurer werdenden fossilen  
145 Abhängigkeit zurück.

146 Wir setzen uns für eine perspektivische Stilllegung des Erdgasnetzes ein und werden dazu mit  
147 der GASAG ins Gespräch gehen. Wir bemühen uns deswegen bei der GASAG, dass ihre 25 Prozent  
148 Anteilseignerschaft an die Berliner Energieagentur (BEA) überführt werden. Die  
149 rekommunalisierte BEA soll im Auftrag des Landes Berlin öffentliche und private Akteure  
150 unabhängig mit dem Zielen der Energiewende und der Dekarbonisierung der  
151 Energieinfrastrukturen beraten.

152 Die Steigerung der Energieeffizienz ist ein zentraler Baustein der Wärmewende. Gerade bei  
153 der energetischen Sanierung müssen wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit  
154 zusammenbringen: Niemand darf dadurch verdrängt werden. Zugleich muss die Sanierungsquote  
155 deutlich steigen. Dafür werden wir Grüne das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“  
156 wiederbeleben und ein Stufenmodell einführen, das Eigentümer\*innen verpflichtet, bei den  
157 energetisch schlechtesten Gebäuden zu beginnen und Umlagen auf die Miete stärker deckelt.  
158 Ziel ist eine faire Kostenverteilung zwischen Vermieter\*innen, öffentlicher Hand und  
159 Mieter\*innen anstelle der bisherigen Modernisierungsumlage, die keine Garantie für  
160 Einsparungen ist. Auf Landesebene prüfen wir zusätzliche Entlastungen für Mieter\*innen bei  
161 Sanierungsmaßnahmen. Mieter\*innen in unsanierten Häusern dürfen nicht den Kostensteigerungen  
162 fossiler Brennstoffe ungeschützt ausgesetzt werden. Das Land Berlin soll insbesondere in  
163 Milieuschutzgebieten ambitionierte Sanierungen fördern und Gebäudeeigentümer entsprechend  
164 beraten. In allen Stadtbezirken werden wir eine starke und unabhängige Energieberatung  
165 einführen, die für alle Haushalte mit niedrigem Einkommen kostenfrei ist. Energetische  
166 Sanierungen wollen wir unter der Maßgabe gestalten, dass Warmmietenneutralität bei sparsamer  
167 Energienutzung möglich ist. Als Folge der sich verschärfenden Klimakrise wird die Kühlung von  
168 Gebäuden immer wichtiger. Anstelle der meist üblichen Klimaanlage mit ihrem hohen  
169 Stromverbrauch setzen wir uns für klimafreundliche Lüftungstechniken und eine stromsparende  
170 und gesunde Verdunstungskühlung ein. In allen öffentlichen Einrichtungen werden wir dem  
171 Vorrang geben.

## 172 1.2. Stromwende für Berlin – erneuerbar und sozial

173 Wir Bündnisgrüne wollen, dass die Stadt eine klimaneutrale, sichere und sozial gerechte  
174 Energieversorgung erhält. Erneuerbare Energiequellen müssen konsequent ausgebaut werden,  
175 damit alle Berliner\*innen von der Energiewende profitieren – durch saubere Energie, faire  
176 Preise und echte Beteiligungsmöglichkeiten. Unser Ziel ist es, möglichst viel des Berliner  
177 Stroms aus Solarenergie zu gewinnen und unseren Beitrag zum Windenergieausbau zu leisten.  
178 Mit verbindlichen Ausbauplänen, gezielter Förderung und einer sozial gerechten Gestaltung  
179 stellen wir sicher, dass die Energiewende allen zugutekommt – unabhängig davon, ob Menschen  
180 Eigentümer\*innen oder Mieter\*innen sind.

181 Mehr Solaranlagen auf die Dächer und Balkone bringen

182 Berlin hat in den letzten Jahren bewiesen, dass wir bei der Energiewende vorankommen können.  
183 Entscheidenden Anteil daran hatten die richtigen Weichenstellungen unter grüner  
184 Regierungsbeteiligung. Mit dem Berliner Solargesetz und dem Masterplan Solarcity hat der  
185 Ausbau der Photovoltaik endlich Fahrt aufgenommen. Trotzdem schreitet er noch immer zu  
186 langsam voran. Obwohl eine gesetzliche Solarpflicht besteht, ist die konsequente  
187 Solarnutzung, insbesondere öffentlicher Gebäude, noch immer in weiter Ferne, viele geeignete  
188 Dachflächen bleiben ungenutzt. Auch Mieter\*innenstrommodelle erreichen trotz der Bemühungen  
189 der Berliner Stadtwerke bislang nur wenige Haushalte. Berliner\*innen, die mit  
190 Balkonsolaranlagen ihren Beitrag leisten wollen, werden von Vermieter\*innen noch immer zu  
191 oft unnötig und unverhältnismäßig ausgebremst.

192 Ein entscheidender Baustein beim Solarausbau ist die Nutzung der Dächer öffentlicher Gebäude  
193 für Solarenergie. Um dies sicherzustellen, setzen wir auf einen transparenten Umsetzungsplan  
194 mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und überprüfbaren Ausbauzielen. Wir stärken die Bezirke  
195 und statten sie mit den nötigen Ressourcen aus, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. So  
196 sorgen wir für Verbindlichkeit, Tempo und Transparenz beim Solarausbau. Neben alternativen  
197 Nutzungskonzepten sollen versiegelte Flächen wie Parkplätze auch für die Gewinnung von  
198 Solarenergie erschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle öffentlichen Gebäude –  
199 soweit technisch möglich – bis 2030 mit Solaranlagen ausgestattet sind.

200 Auch Mieter\*innen sollen direkt von der Energiewende profitieren. Deshalb vereinfachen und  
201 vereinheitlichen wir die Genehmigungsprozesse für Balkonsolaranlagen in den Landeseigenen  
202 Wohnungsunternehmen. Wir wollen Mieter\*innenstrom bzw. die Gemeinschaftliche  
203 Gebäudeversorgung zum Standard machen, indem wir für vereinfachte Verfahren eintreten, die  
204 Förderung auch für kleine Dächer ausweiten und die Vorbildrolle der Landeseigenen  
205 Wohnungsunternehmen stärken. Um das Potenzial von Solaranlagen vollständig ausschöpfen zu  
206 können, fördern wir zudem auch für Balkonkraftwerke die Ergänzung durch Batteriespeicher.  
207 Genossenschaften und Quartierslösungen fördern wir und binden wir ein, damit alle  
208 Bewohner\*innen von günstigem Solarstrom profitieren. Über die landeseigene Stromnetz Berlin  
209 werden wir den Smart Meter Rollout beschleunigen. Dadurch können mehr und mehr Haushalte und  
210 Gewerbe von variablen Stromtarifen profitieren. Die Digitalisierung der Netze treiben wir  
211 konsequent voran, um die Kosten des Netzausbaus zu senken.

212 Unser Anspruch ist es, alle Potenziale auszuschöpfen und den Anteil von Solarenergie am  
213 Berliner Strommix deutlich zu erhöhen. Dafür wollen wir das Förderprogramm SolarPLUS stärken  
214 und Klimaschutz stärker gegenüber dem Denkmalschutz gewichten. Auch bauen wir das  
215 SolarZentrum Berlin weiter aus und entwickeln es zu einer zentralen Anlaufstelle für  
216 Beratung, Unterstützung und Koordination zum Thema Solarausbau.

217 Urbane Windkraftpotenziale erschließen

218 Neben der Solarenergie wollen wir Grüne auch Windkraft konsequent nutzen. Dafür weisen wir  
219 nach bundesgesetzlichen Vorgaben Windenergiegebiete aus. Wir konzentrieren uns dabei auf  
220 Flächen, die die Errichtung mehrerer Anlagen ermöglichen und ökologisch vertretbar sind wie  
221 z.B. auf bereits versiegelten Gewerbe- und Industrieflächen - solange die vorgegebenen  
222 Abstände zu Wohngebieten eingehalten werden. Berlins Wälder haben eine Schutz- und  
223 Erholungsfunktion und befinden sich im Prozess einer naturnahen Umgestaltung. Deshalb wollen  
224 wir in der Regel Gewerbe- und Industrieflächen für Windenergieprojekte nutzen. Um Konflikte  
225 mit Natur- und Umweltschutz von vornherein zu minimieren, etablieren wir Runde Tische mit  
226 allen relevanten Akteur\*innen unter Einbeziehung der Menschen vor Ort. Von den

227 resultierenden Einnahmen sollen Anwohner\*innen z.B. über gemeinschaftliche Betriebsmodelle  
 228 profitieren. Wir wollen auch innovative Windenergieprojekte fördern und Pilotprojekte für  
 229 Kleinwindräder auf Hochhäusern unterstützen, die ebenso wie Balkonsolaranlagen zur  
 230 Energiewende beitragen können.

231 Energieverbrauch senken und schneller klimaneutral werden

232 Klimaneutralität erreichen wir nur, wenn wir zugleich sorgsam, effizient und sparsam Energie  
 233 nutzen. Wir wollen daher das bereits erfolgreich erprobte Modell des Energiespar-Contracting  
 234 ausbauen und in möglichst allen öffentlichen Einrichtungen neu durchführen. Zugleich wollen  
 235 wir ein Kooperationsnetz mit Unternehmen bilden, um Energieeinsparungen in Betrieben u.a.  
 236 durch Energieaudits zu ermitteln und auch zu realisieren.

### 237 1.3. Klimafeste Stadtnatur – für lebenswerte Orte

238 Berlin ist eine der grünen Großstädte Europas. Die Stadtnatur reicht von großen  
 239 Schutzgebieten und Wäldern über Parks, Kleingärten und Friedhöfe bis hin zu grünen  
 240 Innenhöfen und Stadtbäumen. Zahlreiche Seen, Flüsse und Kanäle prägen das Stadtbild, kühlen  
 241 die Umgebung und machen Berlin lebenswerter. Doch all diese natürlichen Lebensgrundlagen  
 242 stehen unter Druck. Die Klimakrise verändert Berlin schon heute spürbar – sie trifft zwar  
 243 nicht alle gleich, doch sie betrifft uns alle.

244 Die Klimakrise wirft hier v.a. auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf, denn Menschen mit  
 245 geringem Einkommen tragen in der Regel deutlich weniger zu der Klimakrise bei, sind aber  
 246 überdurchschnittlich davon betroffen, auch im Falle von Hitzewellen, die für von Armut  
 247 betroffene Menschen immer mehr zur Lebensgefahr werden. Gleichzeitig haben sie noch immer  
 248 einen vergleichsweise schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Hitze, Trockenheit, Stürme  
 249 und Starkregen nehmen zu und belasten unsere Stadt. All das gefährdet Menschen, Tiere und  
 250 die Stadtnatur gleichermaßen. Und doch sind nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Die  
 251 Klimakrise wirft auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf: Denn in besonders dicht bebauten  
 252 und sozial benachteiligten Kiezen oder Siedlungen mit wenig Grün sind Umwelt- und  
 253 Hitzebelastungen oft deutlich höher. Dort wird Hitze schnell zu einer ersten  
 254 Gesundheitsgefahr. Auch Menschen in Gemeinschaftsunterkünften, ohne sicheren Wohnraum oder  
 255 in beengten Wohnverhältnissen trifft die Klimakrise härter. Und das, obwohl Menschen mit  
 256 geringem Einkommen weniger zur Klimakrise beitragen. Besonders in dicht bebauten und sozial  
 257 benachteiligten Kiezen mit wenig Grün sind Umwelt- und Hitzebelastungen oft deutlich höher.  
 258 Dort wird Hitze schnell zu einer ersten Gesundheitsgefahr – für Menschen ebenso wie für  
 259 Tiere.

260 Wir Bündnisgrüne wollen Berlin klimafest und zukunftsfähig gestalten. Unser Ziel ist eine  
 261 Stadt, die sich an die Folgen der Klimakrise anpasst, natürliche Ressourcen schützt und  
 262 Umweltgerechtigkeit herstellt. Alle Berliner\*innen – unabhängig von Wohnort und Einkommen –  
 263 sollen Zugang zu gut gepflegten Parks, kühlenden Grünflächen und grünen Erholungsräumen  
 264 haben. Umweltpolitik ist für uns immer auch Sozialpolitik. Deshalb werden wir bei  
 265 Hitzeentlastung und Grüngestaltung besonderes Augenmerk auf die Kieze legen, wo viele  
 266 geringverdienende und benachteiligte Haushalte leben. Andere Städte wie Wien oder Paris  
 267 zeigen, wie Entsiegelung, Begrünung und kluge Stadtplanung die Lebensqualität erhöhen und  
 268 Hitzebelastungen senken können. Berlin darf hier nicht länger hinterherhinken. Das Berliner  
 269 Klimaanpassungsgesetz werden wir deshalb ambitioniert und integriert mit dem Berliner  
 270 Mobilitätsgesetz umsetzen. Die Integration der verschiedenen Nutzungen des öffentlichen  
 271 Raums wollen wir auch organisatorisch zwischen den zuständigen Stellen verbessern.

## 272 Die Stadt für Mensch und Natur denken

273 Mit kurzfristig wirksamen Hitzeschutzmaßnahmen werden wir Grüne besonders betroffene  
274 Quartiere gezielt entlasten – etwa durch Sonnensegel über Spiel- und Hundeauslaufplätzen,  
275 die Öffnung öffentlicher, klimatisierter Gebäude an heißen Tagen, durch deutlich mehr  
276 Trinkwasserbrunnen sowie zusätzliche Trinkmöglichkeiten für Haus- und Wildtiere. In  
277 besonders belasteten Quartieren schaffen wir Klimainseln, die mit Schatten, Wasser und  
278 Sitzgelegenheiten für sofortige Abkühlung sorgen. Doch klar ist: Kurzfristige Hilfe allein  
279 genügt nicht. Wir brauchen einen langfristigen Umbau der Stadt, um sie besser an Hitze,  
280 Starkregen und andere Folgen der Klimakrise anzupassen. Wir wollen den Berliner  
281 Hitzeaktionsplan jährlich evaluieren und weiterentwickeln. Hierfür braucht es ausreichende  
282 Ressourcen und klar geregelte Zuständigkeiten.

283 Wir werden die Entsiegelung deutlich voranbringen und die Stadt begrünen – insbesondere  
284 dort, wo es bislang wenig Grün gibt. Berlin braucht ein umfassendes Entsiegelungsprogramm  
285 mit dem Ziel, eine Netto-Null-Versiegelung so schnell wie möglich zu erreichen. Deshalb  
286 müssen wir jedes Jahr den relativen Anteil an Entsiegelung öffentlicher Flächen deutlich  
287 weiter steigern. Überdimensionierte Verkehrsflächen, Außenanlagen von kommunalen  
288 Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern oder versiegelte Hinterhöfe wollen wir  
289 systematisch untersuchen, um geeignete Potenziale für Entsiegelungen zu ermitteln und zu  
290 priorisieren. Mit mehr Bäumen, Pocket Parks und Tiny Forests, Rank- und Kletterpflanzen,  
291 entsiegelten öffentlichen Plätzen, kühlen Oasen und neuen Grünverbindungen schaffen wir  
292 vielfältige Lebensräume für Menschen und Tiere und verbessern spürbar das Stadtklima. Damit  
293 wollen wir nicht nur mehr Natur, sondern durch insekten-, vogel- und käferfreundliche  
294 Bepflanzung auch mehr Vielfalt in der Natur schaffen. Während der CDU-geführte Senat  
295 Baumpflanzungen großspurig ankündigt, setzen wir uns das ambitionierte Ziel, nicht nur eine  
296 Million neuer Bäume zu pflanzen, sondern auch dafür zu sorgen, dass Pflege und Unterhalt der  
297 Bäume finanziell abgesichert sind. Dazu gehört auch, dass die Baumpflegebudgets erhöht  
298 werden. Wir unterstützen das von der Initiative BaumEntscheid eingebrachte und vom  
299 Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz und werden für die Umsetzung sorgen.

300 Berlin muss zur Schwammstadt werden: Wir halten Regenwasser in der Stadt, statt es in die  
301 überforderte Kanalisation zu leiten – durch Entsiegelung und begrünte Dächer, Regengärten,  
302 Versickerungstreifen, auch um Gullys herum (sogenannte grüne Gullys), und Regentonnen. So  
303 kühlen wir die Stadt, stärken die Grundwasserneubildung, bewässern das Stadtgrün und  
304 schützen unsere Gewässer. Die Berliner Regenwasseragentur ist zentral für ein grüneres,  
305 klimaresilientes Berlin. Sie muss ausgebaut, finanziell gestärkt und strukturell  
306 weiterentwickelt werden, um dezentrales Regenwassermanagement effektiver zu koordinieren,  
307 eigene Projekte umzusetzen und innovative Wassermanagement-Maßnahmen zu fördern. Ziel ist,  
308 Regenwasser nachhaltig für Natur und Menschen in Neubau und Bestand nutzbar zu machen.

## 309 Stadtgrün erhalten und pflegen

310 Wir werden dafür sorgen, dass bestehende Grünflächen dauerhaft gesichert und klimaresilient,  
311 bevorzugt mit heimischen Arten, gestaltet werden – und dass neue entstehen.  
312 Kaltluftschneisen sollen erhalten und, wo möglich, ausgebaut werden – damit Berlin auch in  
313 Zukunft durchatmen kann. Das Tempelhofer Feld, mit seiner herausragenden Bedeutung für das  
314 Stadtklima und seiner Funktion als wichtige Kaltluftquelle, Lebensraum zahlreicher Pflanzen-  
315 und Tierarten sowie einzigartiger Erholungsort, soll weiterhin geschützt bleiben.

316 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar. Wir Grüne wollen sie erhalten,  
317 klimaresilient und naturfreundlich gestalten und besser schützen. Damit alle Berliner\*innen

318 profitieren, sollen sich Kleingartenanlagen weiter für die Stadtgesellschaft öffnen und für  
319 gemeinschaftliches Gärtnern, Klimaschutzprojekte und Umweltbildung nutzbar gemacht werden.

320 Die Pflege des Stadtgrüns wollen wir konsequent ausbauen. Dafür stärken wir die Straßen- und  
321 Grünflächenämter in den Bezirken mit zweckgebundenen Mitteln, damit sie ihre zentrale  
322 Aufgabe in der Pflege von Grünflächen und Bäumen erfüllen können. Die Finanzierung des  
323 Unterhalts der Grünanlagen passen wir schrittweise an die realen Kosten an und nicht mehr an  
324 fiktive Kostensätze. Wir setzen uns für eine umfassende Novellierung der  
325 Baumschutzverordnung ein, die den Schutzstatus von Bäumen stärkt und deren Pflege verbessert  
326 und nutzen alle Spielräume aus, um den Baumbestand rechtlich besser zu schützen. Wir wollen  
327 die Bürger\*innen bei ihrem vielfältigen Engagement für das Stadtgrün unterstützen:  
328 Baumscheiben sollen ohne Genehmigung bepflanzt werden können, Regentonnen das Gießen von  
329 Bäumen und Beeten erleichtern und das Modell „Hausbäume“ soll auf alle Bezirke ausgeweitet  
330 werden. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und stellen  
331 fachliche Beratung und Starthilfen zur Verfügung für mehr private Begrünung und urbane  
332 Naturvielfalt.

#### 333 1.4. Lebendige Umwelt – für mehr Vielfalt und Lebensqualität

334 Berlin soll auch in Zukunft artenreich und lebenswert bleiben. Wir Bündnisgrüne setzen uns  
335 dafür ein, Natur, Wasser, Luft und Böden konsequent zu schützen und zu regenerieren. Unser  
336 Ziel ist eine gesunde Umwelt, die Mensch und Natur verbindet – mit sauberen Gewässern,  
337 vitalen Wäldern, lebendiger Stadtnatur und aktiver Beteiligung der Berliner\*innen. Doch  
338 zunehmender Lärm, Schadstoffe und die wachsende Vermüllung bedrohen unsere Umwelt und  
339 mindern die Lebensqualität.

#### 340 Wälder als Lunge der Stadt begreifen

341 Die Berliner Wälder sind mehr als Erholungsorte – sie sind lebenswichtiger Bestandteil  
342 unseres Stadtklimas, Filter für Luft und Wasser, Kohlenstoffsinken und Lebensräume für  
343 unzählige Arten. Gleichzeitig sind sie massivem Stress durch Hitze, Trockenheit, Stürme und  
344 Schadstoffe ausgesetzt. Wir Grüne unterstützen den laufenden Prozess einer Neuorientierung  
345 der Berliner Forsten unter Einbeziehung der Umweltverbände, der Wissenschaft und der  
346 Zivilgesellschaft. Das gemeinsame Ziel ist ein klimaresilienter, naturnaher Mischwald mit  
347 größerer Naturvielfalt und verbesserter Wasserhaltefähigkeit. Wir setzen auf die  
348 Naturverjüngung, den konsequenten Erhalt von Altbäumen und dem Belassen von Totholz im Wald.  
349 Ein begrenzter Holzeinschlag soll nur dann stattfinden, wenn er der Entwicklung zu einem  
350 naturnahen Dauerwald dient. Ein wissenschaftlich angeleitetes Monitoring soll die  
351 Waldumwandlung unter Einbeziehung der Waldböden ständig begleiten. Die verbleibenden Moore  
352 im Wald sollen erhalten, wieder vernässt und renaturiert werden. Entwässernde  
353 Infrastrukturen in und an den Wäldern müssen zurückgebaut werden.

354 Den uneingeschränkten Erhalt der Berliner Wälder wollen wir landesgesetzlich absichern und  
355 wollen die Waldflächen erhöhen. Mehr Waldgebiete sollen unter strikten und rechtlich  
356 gesicherten Schutz gestellt werden und wir schaffen mehr und größere Naturschutzgebiete. Zur  
357 Vorbeugung von Waldbränden werden wir neben technischen Maßnahmen und interdisziplinärer  
358 Zusammenarbeit auch ökologische Ansätze wie die Anlage von Schutzstreifen und  
359 Waldbrandriegeln durch Beweidung einbeziehen.

## 360 Biodiversität engagiert schützen

361 Berlin ist auch Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Doch der Verlust an  
362 Biodiversität ist dramatisch: Lebensräume verschwinden, Arten geraten unter Druck und die  
363 natürlichen Ökosysteme verlieren ihre Stabilität. Wir Bündnisgrüne wollen dem entschieden  
364 entgegenwirken und werden die Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030+  
365 entschlossen umsetzen. Lebensräume sollen erhalten, gepflegt und miteinander vernetzt  
366 werden. Ziel ist ein grünes Netz von Biotopverbänden in Berlin, das die Lebensräume von  
367 Tier- und Pflanzenarten miteinander verbindet. Wir schaffen Blühwiesen, Insektenkorridore  
368 und naturnahe Grünflächen, die als Lebensräume für Bestäuber fungieren. Wir pflanzen Hecken  
369 und Sträucher aus heimischen Arten, als Nistplätze und Schutz. Wir wollen flächendeckend  
370 sichere Querungsmöglichkeiten ausbauen und Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung und  
371 Vogelschlag ergreifen. Zudem werden wir die Wildtierhilfe stärken und das  
372 Biodiversitätsmonitoring ausbauen.

373 Berlin wird die Vorgaben der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur aktiv umsetzen.  
374 Wir setzen auf aktive Landschaftspflege, die ökologische Funktion, Artenvielfalt und  
375 Erholungsqualität in Einklang bringt. Naturschutzräume werden nicht nur ausgewiesen, sondern  
376 durch Pflege- und Managementpläne langfristig gesichert. Dazu zählen extensiv genutzte  
377 Wiesen, naturnahe Uferbereiche und strukturreiche Waldränder. Wir fördern die  
378 Wiederherstellung von Habitatstrukturen wie Totholz, Hecken und kleinräumigen  
379 Feuchtgebieten. Wir wollen in Berlin keinen Einsatz von Pestiziden. Als ersten Schritt  
380 nutzen wir keine Pflanzenschutzmittel mehr auf landeseigenen Flächen. Die Berliner Umwelt-  
381 und Naturschutzverbände haben eine wesentliche Funktion für den Erhalt unserer Stadtnatur,  
382 ihren Schutz gegen verschiedenste Nutzungsansprüche und für die Umweltbildung. Deshalb  
383 werden wir sie weiterhin unterstützen und ihre Beteiligungs- und Klagerechte erhalten.

## 384 Wasser nachhaltig nutzen und Gewässer aufwerten

385 Wasser ist Leben. Um Berlin vor einer Wasserkrise zu bewahren, müssen wir jetzt handeln.  
386 Denn im Zuge der Klimakrise geraten der Wasserkreislauf der Hauptstadtregion und die  
387 Wasserversorgung in Berlin immer mehr aus dem Gleichgewicht. Deshalb kommt es jetzt auf  
388 entschiedenes Handeln an. Wir entwickeln den Masterplan Wasser unter Beteiligung der  
389 Zivilgesellschaft zu einem wirksamen und verbindlichen Instrument weiter. Um in der  
390 fortschreitenden Klimakrise die Trinkwasserversorgung in Berlin weiter zu sichern, wollen  
391 wir wirksame Maßnahmen für einen sorgsamen und sparsamen Umgang mit Wasser umsetzen und wo  
392 möglich, den Wasserverbrauch reduzieren. Senat, Bezirke und Eigenbetriebe der Stadt sollen  
393 im Sommerhalbjahr Grünflächen möglichst in den weniger heißen und sonnenarmen Randzeiten  
394 bewässern sowie wassersparende Techniken nutzen, wie z. B. Tröpfchenbewässerung. Private  
395 Eigentümer\*innen sind aufgerufen, sich auch daran zu orientieren. Zur Bewässerung wollen wir  
396 verstärkt Regenwasser verpflichtend machen. Golfplätze sollen nur noch mit Regenwasser  
397 bewässert werden. Genehmigungen zur Entnahme von Grundwasser wollen wir vom Grundwasserstand  
398 abhängig machen und Entgelt-Freibeträge abbauen. Wir schließen die Verfahren zur Festlegung  
399 von zulässigen Mengen der Trinkwasserförderung an allen Wasserwerken ab, auch um die Wälder  
400 und Waldmoore zu schützen. Nach anspruchsvoller Reinigung wollen wir Wasser aus den  
401 Klärwerken wieder in ansonsten trocken fallende Landschaften einleiten. Das stärkt dort auch  
402 die Natur und die Vielfalt des Lebens. Wir machen uns für die konsequente Umsetzung der EU-  
403 Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Berlin stark. Mit der „Aktion Blau“ engagieren wir uns für  
404 die Ausweitung naturnaher Gewässerabschnitte und Uferzonen an Spree und Havel, an den Seen  
405 und den kleinen Berliner Flüssen. Wir setzen uns für die Sanierung der Kleingewässer ein. An

406 allen innerstädtischen Fließgewässern schaffen wir schrittweise naturgerechte Uferkorridore  
407 und begrünen künstliche Uferbefestigungen.

408 Die Berliner Wasserbetriebe sollen ihre Rolle im umfassenden Wasserressourcenmanagement  
409 weiter ausbauen und die Gewinne für dringend erforderliche Investitionen nutzen können,  
410 statt sie an den Landeshaushalt abzuführen. Sauberes Regenwasser wollen wir verstärkt in  
411 Kleingewässer einleiten, um deren Austrocknung vorzubeugen. Verschmutztes Regenwasser darf  
412 nicht mehr ungefiltert Gewässern zugeführt werden. Wir werden die Abkoppelung von der  
413 Mischwasserkanalisation deutlich voranbringen, um unsere Gewässer vor Verschmutzung zu  
414 schützen und Wasser in der Stadt zu halten. Wir entwickeln zudem Strategien gegen  
415 Mikroplastik und per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), also sogenannte  
416 Ewigkeitschemikalien, mit dem Ziel eines konsequenten PFAS-Verbots. Entsprechende Grenzwerte  
417 für die Berliner Wasserversorgung sind konsequent einzuhalten, z.B. mit Blick auf das  
418 belastete Wasser in Tegel.

419 Wir treiben einen sparsamen Umgang mit Wasser voran. Grauwasserrecycling soll Standard  
420 werden: Gebrauchtes Wasser aus Duschen, Waschbecken und Waschmaschinen wird gesammelt,  
421 gereinigt und für die Toilettenspülung und für die Vegetation wiederverwendet. Die Abwärme  
422 kann zusätzlich als Energiequelle genutzt werden. Wir begrenzen private  
423 Grundwasserentnahmen. Unternehmen mit großem Wasserverbrauch wollen wir transparent machen.  
424 Die Wasserwirkung soll bei der Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung berücksichtigt und  
425 eigene Brunnen von Unternehmen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt werden. Hierfür erteilte  
426 Ausnahmegenehmigungen sollen öffentlich einsehbar sein. Wir werden Mindestgrundwasserstände  
427 festlegen und den Landschaftswasserhaushalt vor weiterer Verschlechterung schützen. Zentral  
428 ist, dass in Krisenzeiten der Grundbedarf aller Berliner\*innen gedeckt ist. Schwengelpumpen  
429 sollen instand gesetzt, in bislang unterversorgten Gebieten neu errichtet und als dezentrale  
430 Notwasserversorgung, aber auch zur Wasserversorgung der Straßenbäume und des Stadtgrüns  
431 durch Anwohnende gesichert werden. Bisherige Planungen für eine stadtweit gleichmäßige  
432 Versorgung mit diesen Pumpen werden wir wieder aufnehmen und umsetzen. Auch wollen wir das  
433 pauschale Badeverbot endlich abschaffen und das bereits bestehende  
434 Wasserqualitätsmonitoringsystem stadtweit ausbauen, um nach dem Vorbild anderer europäischer  
435 Städte das Baden in der Spree zu ermöglichen. Mit dem Spreebaden ermöglichen wir Abkühlung  
436 im heißen Stadtzentrum und verpflichten uns selbst dazu die Wasserqualität dauerhaft  
437 hochzuhalten.

438 Berliner Luft gesund machen

439 Saubere Luft ist Grundvoraussetzung für Gesundheit, Lebensqualität und intakte Ökosysteme.  
440 Das Überschreiten der Grenzwerte in der Berliner Luft nehmen wir nicht hin. Deshalb werden  
441 wir die Luftreinhaltepolitik konsequent an den WHO-Luftqualitätsleitlinien und aktuellen  
442 wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten.

443 Mit einem ambitionierten Berliner Luftreinhalteplan werden wir die Belastung durch Feinstaub  
444 und Stickoxide in allen Stadtteilen deutlich senken, um die EU-Grenzwerte möglichst schon  
445 vor 2030 einzuhalten. Wir beschleunigen den Umstieg auf emissionsfreie Elektrofahrzeuge –  
446 beginnend mit den BVG-Bussen. Zentrale Maßnahme ist die schrittweise Einführung einer  
447 Nullemissionszone im Sinne des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) für  
448 Fahrzeuge.

449 Die Senkung des Feinstaubes ist die zentrale Herausforderung. Neben den Maßnahmen im Verkehr  
450 sollen ab 2030 auf Baustellen in der Nullemissionszone nur noch Maschinen nach modernem  
451 Abgasstandard oder mit Rußfiltern eingesetzt werden. Bei Holzheizungen fördern wir die  
452 Nachrüstung von Staubabscheidern und machen sie spätestens ab 2030 verbindlich. Das

453 Luftqualitätsmonitoring wollen wir mit modernen Sensoren weiter ausbauen und dabei  
454 interessierte Citizen-Science-Initiativen einbeziehen, um die Belastungen flächendeckend zu  
455 erfassen und die Wirksamkeit der Maßnahmen kontinuierlich zu überprüfen, sowie deren  
456 Akzeptanz in der Stadtgesellschaft zu erhöhen.

457 Privates Feuerwerk flächendeckend verbieten

458 Wir setzen uns weiter konsequent für ein ganzjähriges und flächendeckendes  
459 Feuerwerksverkaufs- und Böllerverbot ein, um Mensch, Tier und Umwelt zu schützen. An  
460 Silvester und zu weiteren besonderen Anlässen soll es alternativ zentral organisierte  
461 umweltfreundliche Lichtshows geben.

462 Sauberkeit und Nachhaltigkeit stärken

463 Wir machen Berlin sauber: Wir Bündnisgrüne wollen die Reinigung von Straßen und Grünanlagen  
464 deutlich ausweiten und setzen uns dafür ein, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) mit  
465 ihren hohen Qualitätsstandards zukünftig alle Parks und Spielplätze reinigt, um die  
466 Aufenthaltsqualität für die Berliner\*innen zu steigern. Das Programm der Parkläufer\*innen  
467 und Kiezmanager\*innen wollen wir fortführen und dauerhaft sichern. Diese Fachkräfte tragen  
468 maßgeblich zur Sicherheit und einem respektvollen Miteinander in unseren Grünanlagen bei.  
469 Die mehrmals im Jahr stattfindenden BSR-Kieztage wollen wir zeitlich besser an den Alltag der  
470 Menschen anpassen, insbesondere durch häufigere Termine an Wochenenden. Allen Berliner  
471 Haushalten möchten wir einmal im Jahr eine kostenfreie Sperrmüll-Entsorgung ermöglichen.  
472 Zusätzlich setzen wir uns für vierteljährliche Sperrmülltage ein, an denen Sperrmüll  
473 niedrigschwellig entsorgt werden kann. Wir unterstützen Initiativen und Bürger\*innen, die  
474 sich vor Ort um den öffentlichen Raum kümmern, denn wir wissen: Je mehr die Berliner\*innen  
475 selbst Verantwortung für ihren Raum übernehmen, desto erfolgreicher ist der Kampf gegen den  
476 Müll. Deshalb wollen wir auch neue Formen der Mitverantwortung erproben, etwa durch ein  
477 Pilotprojekt „Mein Stück Berlin“, bei dem Anwohner\*innen freiwillige Patenschaften für  
478 Straßenabschnitte oder Grünflächen übernehmen können.

479 Der beste Müll ist aber der, der erst gar nicht entsteht. Deswegen setzen wir auf  
480 Abfallvermeidung und Ressourcenschonung. Wir führen eine Steuer auf Einwegverpackungen, -  
481 geschirr und -besteck ein, die den Umstieg auf Mehrweg fördert. Wir stärken flächendeckend  
482 Repair-Cafés, Tausch- und Sharing-Plattformen, Re-Use-Kaufhäuser sowie weitere  
483 Geschäftsmodelle der Kreislaufwirtschaft und setzen die Zero-Waste-Strategie konsequent um.  
484 Textilien für soziale Zwecke zu sammeln, muss weiter möglich sein. Wir prüfen, wie  
485 gemeinwohlorientierte Sammler\*innen dabei unterstützt werden können. Der Trend zu  
486 Wegwerfmode (Fast Fashion) muss begrenzt werden und die Bundesebene die von der EU  
487 angekündigte erweiterte Herstellerverantwortung der Textilproduzenten zügig umsetzen. Ein  
488 funktionierendes Reparatursystem stärkt die Verbraucher\*innen und reduziert Abfall.  
489 Bioabfälle sollen vollständig über die Biotonne erfasst und in Biogas und Kompost  
490 umgewandelt werden. Die getrennte Sammlung wird verbindlich und die BSR sowie private  
491 Entsorger\*innen werden verpflichtet, die nötigen Anlagen auszubauen. Um der illegalen  
492 Entsorgung im öffentlichen Raum zu begegnen, verpflichten wir die BSR, an den Recyclinghöfen  
493 alle Arten von Müll anzunehmen und erlauben ihr im Gegenzug entsprechende  
494 Entsorgungsgebühren zu erheben. Wir Grüne wollen das Recycling und die Wiederverwendung von  
495 Altholz deutlich ausbauen und verbessern.

496 Alle Maßnahmen zur Sauberkeit und Abfallvermeidung müssen öffentlichkeitswirksam,  
497 verständlich und mehrsprachig kommuniziert werden. Nur wenn Angebote bekannt sind und  
498 nachvollziehbar erklärt werden, können sie ihre Wirkung entfalten.

499 Wissen über Umwelt und Klima vermitteln

500 Wir werden die Bildungsarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken.  
501 Gartenarbeitsschulen sollen erhalten, Umweltbildungszentren und -projekte ausgebaut und das  
502 Stadtnaturranger\*innen-Programm ausgeweitet werden. Wir wollen Umweltbildung in allen  
503 Bezirken fest verankern und eine zentrale Stabsstelle für Bildung für nachhaltige  
504 Entwicklung beim Senat einrichten. Wir schaffen flächendeckend naturnahe Schul- und Kitahöfe  
505 und weitere Naturerfahrungsräume, die gesunde Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche  
506 bieten, Artenvielfalt fördern und zugleich spielerisch Umwelt- und Klimabildung ermöglichen.  
507 Ergänzend soll Berlin ein „Klimahaus“ als zentralen Bildungs- und Begegnungsort für  
508 Klimaschutz, Umweltwissen und Teilhabe erhalten.

509 Umweltschutz als gemeinsame Aufgabe umsetzen

510 Der Schutz von Klima, Natur und Umwelt ist auch eine regionale Aufgabe. Fragen der  
511 Trinkwasserversorgung oder der Gewässerqualität von Spree und Havel können nur gemeinsam von  
512 Berlin, dem Land Brandenburg und unseren Nachbargemeinden gelöst werden. Dafür brauchen wir  
513 eine enge Zusammenarbeit und Arbeits- und Erfahrungsaustausch. Wichtig ist uns die Förderung  
514 und Entwicklung der acht länderübergreifenden Regionalparks, insbesondere im Naturpark  
515 Barnim und im Regionalpark Barnimer Feldmark. Wir schlagen vor, dass der Naturpark Barnim  
516 und der Regionalpark Barnimer Feldmark zu Biosphärenreservaten nach den Regeln der UNESCO  
517 ausgewiesen werden.

518 Berlin hat mit seinen in Brandenburg gelegenen Stadtgütern eine besondere Verantwortung und  
519 Chance. Wir wollen, dass sie beispielgebend für eine Verflechtung von umweltschonender  
520 Landwirtschaft, artenreicher Landschaftsgestaltung und von Standorten für erneuerbare  
521 Energiegewinnung werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der  
522 Direktvermarktung bio-regionaler Produkte, insbesondere aus Brandenburg, in der  
523 Hauptstadtregion ein.

#### 524 1.5. Echter Tierschutz – konsequent und wirksam

525 Tiere gehören zu Berlin: Sie leben in Haushalten, in Parks, in Grünanlagen, auf Bauernhöfen,  
526 in Hinterhöfen, im Tierheim, in Wildtierstationen und Laboren. Doch viele von ihnen sind  
527 nicht ausreichend geschützt. Unser Ziel ist ein Berlin, in dem Tiere geachtet und geschützt  
528 werden, Leid vermieden wird und Menschen Verantwortung übernehmen. Tierschutzpolitik darf  
529 nicht erst greifen, wenn es zu spät ist, sondern muss frühzeitig wirken. Wir Bündnisgrüne  
530 wollen, dass Tiere in Berlin als Lebewesen mit eigenem Wert anerkannt und entsprechend  
531 professionell geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere rechtlich nicht länger  
532 als Sachen behandelt werden. Berlin übernimmt Verantwortung, indem wir uns für eine wirksame  
533 Weiterentwicklung des Tierschutzrechts stark machen.

534 Verlässlich für den Tierschutz handeln

535 Wir wollen Tierschutz wieder stärken, indem wir das Amt einer\*eines unabhängigen und  
536 weisungsfreien Landestierschutzbeauftragten endlich gesetzlich verankern und mit eigenem  
537 Budget und ausreichend Personal ausstatten. Das Tierschutzverbandsklagerecht muss gestärkt  
538 und die Mitwirkungsrechte qualifiziert werden.

539 Die Finanzierung von Tierheim, Tiertafel und Wildtierstationen soll dauerhaft gesichert  
540 werden – ergänzt durch einen Notfallfonds für akute Versorgungslagen – und als soziale

541 Leistung Anerkennung finden. Viele Bereiche des Tierschutzes in Berlin werden derzeit  
542 überwiegend ehrenamtlich getragen, wir wollen diese weiterhin nachhaltig unterstützen. Wir  
543 unterstützen die Forderung nach einem Tierheimneuro, damit das Berliner Tierheim Fund- und  
544 sichergestellte Tiere auch künftig zuverlässig und kostendeckend versorgen kann. Für mehr  
545 Tierschutz und Sicherheit schaffen wir die ungerechte Rasseliste ab und führen einen  
546 verpflichtenden Hundeführerschein ein. Um den illegalen Welpenhandel zu bekämpfen, führen  
547 wir im Berliner Hunderegister ein verpflichtendes Herkunftsnachweis-Feld ein. So schützen  
548 wir Tiere vor Leid und erschweren kriminelle Geschäfte.

#### 549 Maßnahmen für Tiere der Stadt ergreifen

550 In Zusammenarbeit mit den Bezirken und Initiativen wollen wir Grüne ein tierschutzgerechtes  
551 Stadtaubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen, tierärztlicher Versorgung und  
552 Eieraustausch flächendeckend etablieren, um den Taubennachwuchs deutlich zu reduzieren.  
553 Tierschutzwidrige Abwehrmaßnahmen wie Spikes oder Vergrämungsmittel ohne fachliche Prüfung  
554 lehnen wir strikt ab. Ferner wollen wir sichere Trinkgelegenheiten für Stadt- und Wildtiere  
555 in den Bezirken schaffen, die langfristig in verbindliche Planungsrichtlinien einfließen. Wir  
556 wollen landeseigene Wohnungsbaugesellschaften verpflichten, beim Umgang mit sogenannten  
557 Schadnagern konsequent auf präventive Maßnahmen zu setzen. Dazu gehören insbesondere die  
558 Behebung baulicher Mängel und andere vorbeugende Schritte, um Befall dauerhaft zu vermeiden  
559 und den Einsatz kostenintensiver, umweltbelastender und tierschutzproblematischer  
560 Bekämpfungsmaßnahmen möglichst zu reduzieren.

561 Tiere, wie zum Beispiel Sperlinge oder Fledermäuse, müssen bei Baumaßnahmen geschützt und  
562 die Einhaltung von Vorschriften besser durchgesetzt werden – energetische Sanierung darf  
563 nicht mehr im Widerspruch zum Gebäudebrüterschutz stehen und Lebensräume müssen erhalten  
564 bzw. wirksam ersetzt werden.

565 Für Wildtiere soll eine zentrale Koordinierungsstelle entstehen, begleitet von einem  
566 Förderprogramm für Nistkästen und andere Schutzmaßnahmen sowie gesetzlich abgesichert durch  
567 ein umfassendes Wildtierschutzsystem. Schließlich wollen wir das Landesjagd- und  
568 Naturschutzgesetz novellieren, um einerseits Wildtiere besser zu schützen und andererseits  
569 dort, wo sich Mensch und Tier begegnen, eine möglichst konfliktfreie Koexistenz zu sichern.  
570 Die in 2025 beschlossene Abschaffung der Schonzeiten für Waschbären und Nutrias machen wir  
571 rückgängig.

572 Den Bienenschutz wollen wir durch eine gesicherte Finanzierung der  
573 Bienenkoordinierungsstelle und ein kontinuierliches Monitoring von Bienen und Bestäubern  
574 stärken. Zugleich möchten wir stabile Strukturen und Förderprogramme für Bienen dauerhaft  
575 sichern. Für ein zentrales Register zur Meldung von Seuchen und invasiven Arten und der  
576 Bekämpfung dieser wollen wir die Bienenkoordinierungsstelle stärken. Außerdem sollen  
577 Imker\*innen über die Koordinierungsstelle beim Thema Aus- und Fortbildungsangebote  
578 unterstützt werden.

#### 579 Forschung tierversuchsfrei entwickeln

580 Berlin stärkt tierfreie Forschung konsequent und baut Entwicklung, Lehre und Anwendung  
581 tierfreier Methoden gezielt aus. Studierende sollen das Recht haben, tierfreie Methoden zu  
582 erlernen und entsprechende Abschlüsse zu erwerben. Dafür wollen wir ein interdisziplinäres  
583 Innovationszentrum mit eigener Professur, Förderlinien und Modellprojekten aufbauen. Wir  
584 orientieren uns am international etablierten 3R-Ansatz (Replace, Reduce, Refine) – mit dem  
585 Fokus auf Replacement und dem Ziel, Tierversuche schrittweise durch tierfreie Verfahren zu

586 ersetzen. Wo Tierversuche derzeit noch nicht ersetzbar sind, sorgen wir für höchste  
587 Tierschutzstandards und die Schaffung von mehr Transparenz. Hier ist uns eine  
588 praxistaugliche Umsetzung und die Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Forschenden wichtig.  
589 Berlin positioniert sich klar gegen jede Absenkung bestehender Tierschutzstandards auf  
590 Bundesebene.

## 591 1.6. Gutes Essen – für alle zugänglich

592 Essen ist zentral für unsere Gesundheit – und weit mehr als eine individuelle Entscheidung.  
593 Ernährung prägt unser Wohlbefinden, unser Klima, unsere Umwelt und unser gesellschaftliches  
594 Miteinander. In Berlin hängt es jedoch noch immer stark vom Einkommen ab, wie gesund und  
595 vielfältig Menschen sich ernähren können. Insbesondere Mangel an Zeit und Geld führen dazu,  
596 dass gerade Menschen mit weniger Einkommen schlechtere Voraussetzungen für eine ausgewogene  
597 Ernährung haben. So entsteht Ernährungsarmut – mit Folgen für Gesundheit und Teilhabe.  
598 Gleichzeitig wünschen sich viele Berliner\*innen gesunde und nachhaltige Alternativen – die  
599 aber nicht für alle erreichbar sind.

600 Wir Bündnisgrüne wollen das ändern: Alle Berliner\*innen sollen Zugang zu gesunder,  
601 nachhaltiger und bezahlbarer Ernährung haben – unabhängig vom Geldbeutel. Ernährung ist Teil  
602 der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen auf gute Informationen, Infrastruktur und  
603 niedrigschwellige Angebote, die Ernährungsarmut vorbeugen und gesunde Ernährung für alle  
604 möglich machen.

605 Ernährungsstrategie voranbringen

606 Die Berliner Ernährungsstrategie entwickeln wir weiter und sorgen für ihre konsequente  
607 Umsetzung. Gemeinsam mit dem Berliner Ernährungsrat und engagierten Initiativen wollen wir  
608 Grüne den Transformationsprozess weiter voranbringen – hin zu mehr Regionalität, fairer  
609 Wertschöpfung und gesunder Gemeinschaftsverpflegung.

610 Qualität und Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsverpflegung erhöhen

611 Gute Ernährung darf auch dort keine Ausnahme sein, wo Menschen auf öffentliche Versorgung  
612 angewiesen sind, wie etwa in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Geflüchtetenunterkünften  
613 und Betrieben. Die Gemeinschaftsverpflegung muss gesund sein und stärker auf pflanzliche,  
614 regionale, saisonale, ökologisch und fair produzierte Lebensmittel setzen. Sie spielt eine  
615 zentrale Rolle in der Ernährung der Menschen – und kann als Vorbild zeigen, wie nachhaltige  
616 und ausgewogene Ernährung im Alltag gelingt. Vegane und kultursensible Angebote sollen keine  
617 Nische mehr sein, sondern ein selbstverständlicher Teil des gesamten Angebots – damit die  
618 Bedürfnisse aller berücksichtigt werden. Konzepte wie kostenfreies Trinkwasser in allen  
619 öffentlichen Einrichtungen und leicht zugängliche LebensMittelPunkte, also offene Orte in  
620 den Kiezen, wo überwiegend regionale, hochwertige Nahrungsmittel gehandelt, verarbeitet und  
621 gemeinsam gegessen werden, sollen gesunde Ernährung für alle erleichtern.

622 Die Qualität der Gemeinschaftsverpflegung wollen wir durch verbindliche Standards der  
623 Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und eine verbindliche Beteiligung der Gäste, von  
624 den BSR-Kantinenbesucher\*innen über die Kita-Kinder und deren Eltern bis hin zu den  
625 Schüler\*innen, verbessern. Große Kantinen möchten wir in die Berliner Ernährungsstrategie  
626 miteinbeziehen. Die Initiative „Kantine Zukunft“ wollen wir dauerhaft verankern und  
627 finanziell absichern. Mit dem Ziel, die Berliner Gemeinschaftsverpflegung flächendeckend auf  
628 gesunde, nachhaltige und schmackhafte Mahlzeiten umzustellen, verstetigen wir sie als

629 zentrales Beratungs- und Kompetenzzentrum. Um eine verlässliche und hochwertige  
630 Schulverpflegung sicherzustellen, werden wir die Ausschreibungsverfahren reformieren. Da wo  
631 möglich, wollen wir Schulküchen bauen und für die weiterführenden Schulen ein  
632 Ernährungskonzept entwickeln.

633 Ernährungsbildung stärken, regionale Kreisläufe fördern

634 Wir Grüne stärken die Ernährungsbildung für alle Altersgruppen ohne Gewichtsdiskriminierung.  
635 Food-Campus und Food-Schools mit Lehrküchen und Schulgärten sowie Lernorte für naturnahe  
636 Ernährungsbildung in Kitas mit eigenen Kitagärten sollen in allen Bezirken entstehen. Wir  
637 fördern urbane Landwirtschaft und starke regionale Lieferketten, um Ernährungssicherheit zu  
638 stärken und die Umwelt zu schützen. Kooperationen mit Brandenburg und Polen werden wir  
639 ausbauen. Stadtgüter sollen Schritt für Schritt vollständig auf ökologische Landwirtschaft  
640 umstellen. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und machen  
641 Berlin mit neuen Obstbäumen, Sträuchern, Wildkräutern und bodennahen Pflanzen im  
642 öffentlichen Raum zu einer „essbaren“ Stadt.

643 Lebensmittelverschwendung wollen wir konsequent reduzieren – von der Produktion bis zum  
644 Teller. Dafür verstetigen wir die koordinierende Stelle für Lebensmittelrettung und  
645 unterstützen den Aufbau und Erhalt von Kiez-Kühlschränken, in denen Lebensmittel, die sonst  
646 verschwendet würden, weitergegeben werden können. Wir fördern die Beratung und Vernetzung  
647 lokaler Akteur\*innen sowie die Optimierung der Logistik entlang der gesamten  
648 Wertschöpfungskette. Lebensmittel zu retten, darf nicht illegal sein. Wir setzen uns deshalb  
649 dafür ein, dass Containern legalisiert wird und dass Lebensmittel, die nur noch über eine  
650 geringe Haltbarkeit verfügen, preisreduziert anzubieten oder zu spenden.

### 651 1.7. Starker Verbraucher\*innenschutz – digital und sozial

652 Wir Bündnisgrüne setzen uns für starken Verbraucher\*innenschutz ein, der Menschen in ihrem  
653 Alltag stärkt und ihre Rechte sichert. Alle Berliner\*innen sollen klare, verlässliche und  
654 leicht verständliche Informationen zu Produkten und Dienstleistungen erhalten – ob beim  
655 Einkauf, im Netz, bei der Ernährung oder der Altersvorsorge. Wir wollen Verbraucher\*innen  
656 befähigen, selbstbestimmt und informiert zu entscheiden, statt sie zu bevormunden. Dazu  
657 gehören transparente Herkunftsangaben, faire Preise, verbindliche Siegel und starke Rechte  
658 im digitalen Raum.

659 Verbraucher\*innenschutz beginnt mit Bildung: Wir fördern Verbraucher\*innenbildung in Schulen  
660 und außerschulischen Einrichtungen – zu Themen wie Influencer\*innen-Marketing, nachhaltigem  
661 Konsum, digitaler Sicherheit, Altersvorsorge oder Schuldenprävention. Entsprechende  
662 Weiterbildungsangebote an Schulen sollen von gemeinwohlorientierten Interessen geleitet sein  
663 – z.B. durch die Verbraucherzentrale in Zusammenarbeit mit Akteuren, die keine monetären  
664 Eigeninteressen dabei verfolgen. Gleichzeitig stärken wir die Lebensmittel- und  
665 Veterinärüberwachung in den Bezirken und sichern die unabhängige Beratung der  
666 Verbraucherzentrale Berlin langfristig – einschließlich des Ausbaus ihres zweiten Standorts  
667 in Lichtenberg. Wir möchten das Projekt des aufsuchenden Verbraucherschutzes für  
668 Migrant\*innen wieder ins Leben rufen, damit Informationen die Breite der Bevölkerung  
669 erreichen.

670 Die schwarz-rote Landesregierung hat mit ihrer Haushaltspolitik und falschen Prioritäten  
671 zentrale Strukturen des Verbraucher\*innenschutzes geschwächt. Wir Grüne stellen sicher, dass  
672 die Verbraucherzentrale Berlin und ihre wichtige Arbeit künftig wieder verlässlich

673 finanziert und gestärkt werden – für fairen Verbraucher\*innenschutz und echte Wahlfreiheit  
674 für alle Berliner\*innen.

## 675 1.8. Sport für alle – nachhaltig, inklusiv und gerecht

676 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport  
677 und Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sport schafft  
678 nicht nur Ausgleich und Gesundheit, sondern auch Begegnung, Teilhabe und sozialen  
679 Zusammenhalt. Sportvereine sind Orte des Miteinanders und der demokratischen Teilhabe. Doch  
680 der Zugang zu Sport ist ungleich verteilt: In vielen Stadtteilen fehlen wohnortnahe  
681 Bewegungsräume, Anlagen sind häufig sanierungsbedürftig, über 50 Sportstätten sind  
682 geschlossen und viele nicht barrierefrei. Diskriminierungserfahrungen oder hohe Kosten  
683 schließen Menschen aus.

684 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport und  
685 Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sportstätten sind  
686 Teil der Daseinsvorsorge, ökologisch nachhaltig, barrierefrei und für alle zugänglich.

687 Sportangebote ausbauen und zugänglich machen

688 Kinder und Jugendliche müssen sich ausreichend bewegen und schwimmen lernen können. Vereins-  
689 und Freizeitsport soll demokratisch, inklusiv, gewaltfrei und diskriminierungsfrei sein. Wir  
690 wollen gezielt den Frauen- und Mädchensport, den Sport für trans\* und nicht-binäre Menschen,  
691 den Inklusionssport sowie Sportangebote für Kinder und Jugendliche und für Senior\*innen  
692 fördern. Das fängt in der Kita an und geht über den Schulsport bis hin zum Vereinssport.  
693 Niedrigschwellige Sportangebote für Kinder und Jugendliche wollen wir ausbauen. Den  
694 Schulsport wollen wir stärken, indem wir eine Vielfalt von Sport- und Bewegungskulturen  
695 anbieten. Den Frauen- und Mädchensport wollen wir auch durch gezielte Lehrgänge bzw.  
696 Fortbildungsangebote stärken, damit mehr FLINTA\*-Personen Führungspositionen übernehmen  
697 sowie als Trainer\*innen oder Übungsleiter\*innen tätig werden. In Zeiten von Wartelisten und  
698 Aufnahmestopps in vielen Sportvereinen insbesondere für Kinder und Jugendliche ist klar:  
699 Sporthallen und Sportplätze müssen zuerst dem Vereinssport zur Verfügung stehen. Wo  
700 Nutzungskonflikte nicht entstehen, soll aber auch eine Nutzung durch den vereinsungebundenen  
701 Sport ermöglicht werden. Dazu wollen wir die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften (SPAN) so  
702 ändern, dass Vereine mit entsprechendem Angebot künftig eine bessere Chance auf  
703 Trainingszeiten erhalten. Den vereinsungebundenen Sport wollen wir fördern und z.B. durch  
704 Sport im Park das Ausüben von Sportangeboten ermöglichen. Skateparks und andere  
705 Sportangebote in Grünanlagen wollen wir so ertüchtigen, dass dort eine professionelle  
706 Ausübung des Sports möglich ist - z.B. durch die Errichtung von Toiletten, Umkleiden sowie  
707 ausreichend Sitz- und Schattenplätze.

708 Heute sind viele Sportstätten sanierungsbedürftig oder gesperrt, Schwimmbäder nicht überall  
709 nutzbar. Wir wollen die Sportstätten inklusiv, multifunktional, ökologisch und nachhaltig  
710 sanieren bzw. wo nötig neubauen. Jahrelange Dauerbaustellen wie beispielsweise beim  
711 Paracelsus-Bad in Reinickendorf sind nicht hinnehmbar. Freie Sportgruppen stoßen auf Hürden  
712 bei Versicherung und Flächenzugang – und selbst der Vereinssport kann aufgrund des  
713 desaströsen Zustands und der Sperrung vieler Hallen nicht zuverlässig stattfinden. Gewalt im  
714 Berliner Fußball, vor allem im Männerbereich, bleibt ein Problem. Übungsleiter\*innen werden  
715 oft nicht angemessen bezahlt, Inklusionssport ist nicht flächendeckend verfügbar. Das nehmen  
716 wir nicht hin und werden als Grüne ein Bündel an Maßnahmen ergreifen, um Sport in Berlin  
717 endlich wieder allen sicher zugänglich zu machen.

718 Perspektivisch soll die Vergütung von Übungsleiter\*innen im Kinder-, Jugend- und  
 719 Inklusionssport auf 20–25 Euro pro Stunde steigen. Mädchen- und Frauensport wird durch  
 720 Gender Budgeting und Equal Pay gestärkt. Kinderschutz-Siegel sollen in allen Vereinen mit  
 721 Jugendsport verpflichtend sein. Die Bundesligaförderung ist ein wertvoller Beitrag zur  
 722 Unterstützung des Berliner Spitzensportes. Wir wollen die Förderung ausbauen, so dass  
 723 zukünftig alle Berliner Bundesligisten auch tatsächlich gefördert werden können, wenn sie  
 724 die Förderbedingungen erfüllen. Darüber hinaus möchten wir das Programm auf Frauenteam in  
 725 den 2. Bundesligen erweitern, um insbesondere den Frauensport in Berlin zusätzlich zu  
 726 fördern. Die Eliteschulen des Sports öffnen wir für weitere Talente, auch aus olympischen  
 727 Sportarten ohne Stützpunkt und nicht-olympischen Sportarten, um dort die Ressourcen  
 728 bestmöglich zu nutzen und den Sport in seiner ganzen Breite zu fördern. Abschulen auf Grund  
 729 von fehlenden sportlichen Leistungen soll es nicht mehr geben, sondern allen Schüler\*innen  
 730 bis zu dem von Ihnen gewünschten Abschluss eine Perspektive geboten werden. Sie können  
 731 beispielsweise zu Trainer\*innen ausgebildet werden. Das Ehrenamt in vielen Vereinen und  
 732 Verbänden erreicht zunehmend seine Belastungsgrenzen. Das Programm zur Förderung  
 733 hauptamtlicher Verwaltungskräfte in Vereinen und Verbänden ist ein wertvoller Beitrag zur  
 734 Unterstützung des Ehrenamtes. Aber die Hürden sind aktuell zu hoch. Deswegen wollen wir die  
 735 Fördervereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem Landessportbund Berlin so ändern, dass  
 736 die Mitgliedszahlen, die für eine Förderung benötigt werden, deutlich sinken.

737 Sportevents klimaneutral und sozial verantwortlich umsetzen

738 Berlin ist eine internationale Sport- und Kulturmetropole. Geeignete Sport-  
 739 Großveranstaltungen stärken die internationale Sichtbarkeit der Stadt und können bei für  
 740 Berlin gut ausgestalteten Verträgen Investitionen in Infrastruktur, Sportstätten und  
 741 Stadtentwicklung anstoßen. Organisator\*innen sollen Sportgroßveranstaltungen bis 2030  
 742 klimaneutral und unter Einhaltung menschenrechtlicher Standards planen und umsetzen – mit  
 743 Bürger\*innenbeteiligung, Transparenz und klaren Nachhaltigkeitskriterien. Sie sollen  
 744 verbindlich Abfallvermeidung, faire Arbeitsbedingungen und transparente Klimabilanzen  
 745 vorweisen.

746 Öffentliche Gelder dürfen nicht zur Absicherung privater Profite im kommerziellen  
 747 Spitzensport eingesetzt werden. Berlin beteiligt sich nur dann an der Ausrichtung von  
 748 Sportgroßveranstaltungen, wenn Kosten, Risiken und Erträge fair verteilt sind. Veranstalter  
 749 und Sportverbände müssen die durch solche Events entstehenden Kosten für Sicherheit,  
 750 Verkehr, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen verbindlich mittragen;  
 751 Steuerbefreiungen, Gebührenerlässe und andere Sonderprivilegien schließen wir aus. Wir  
 752 setzen uns dafür ein, dass die Kosten sportlicher Großveranstaltungen nicht zu Lasten des  
 753 Breitensports gehen.

754 E-Sport und Gaming sind Teil der Berliner Jugend- und Alltagskultur – wir fördern  
 755 gemeinnützige Strukturen, Medienkompetenz, Diversität und einen nachhaltigen, fairen E-  
 756 Sport-Standort. Werbung für Sportwetten soll eingeschränkt, Glücksspielprävention an Schulen  
 757 ausgebaut werden. Wir fordern eine öffentliche Kampagne zu den Risiken von Glücksspiel und  
 758 entsprechende Aufklärungsarbeit durch den Landessportbund Berlin, klare Warnhinweise bei  
 759 Glücksspiel-Werbung und ein Verbot von Glücksspielwerbung für gemeinnützige Vereine.

760 So gut wir den olympischen Gedanken finden, eine Bewerbung Berlins für die Olympischen und  
 761 Paralympischen Spiele ist zum jetzigen Zeitpunkt weder ökologisch noch sozial verantwortbar.  
 762 Der Bewerbungsprozess des Senats ist intransparent, kostenintensiv und ein unnötiger  
 763 innerdeutscher Wettbewerb, der durch bessere Planung und Steuerung hätte vermieden werden  
 764 können. Hinzu kommt, dass auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) seit Jahren zu

765 Recht in der Kritik steht. Strukturelle Demokratiedefizite, mangelnde Transparenz,  
766 unzureichende Mitbestimmung von Athlet\*innen sowie eine schwache menschenrechtliche  
767 Verantwortung prägen das System der Olympischen Spiele. Außerdem hinterlassen Großereignisse  
768 dieser Art leider enorme ökologische Fußabdrücke. Auch ökonomisch ist Olympia ein riskantes  
769 Projekt: Die Kosten explodieren regelmäßig, während die versprochenen langfristigen Gewinne  
770 für Stadt und Bevölkerung ausbleiben. Zudem droht eine Bewerbung soziale Ungerechtigkeiten  
771 zu vertiefen, da steigende Mieten, Verdrängung und Sicherheitsmaßnahmen oft auf Kosten  
772 derjenigen gehen, die ohnehin am stärksten belastet sind. Wir Bündnisgrüne setzen uns daher  
773 entschieden gegen die laufende Berliner Olympia-Bewerbung ein – für ein nachhaltiges,  
774 soziales und lebenswertes Berlin statt kurzfristiger Prestigeprojekte.

775 Sportinfrastruktur barrierefrei und klimaneutral ausbauen

776 Durch eine sinnvolle Sportstätten-Entwicklungsplanung und die Unterstützung der Bezirke bei  
777 der Umsetzung werden wir ein berlinweites Netz barrierefreier, klimaneutraler Sportstätten  
778 schaffen. Beispielsweise sollen Roll- und Eissportanlagen inklusiv ausgebaut werden, um  
779 Sportarten wie z.B. Rollstuhlbasketball und Para-Eishockey zu fördern. Wir schließen  
780 Versorgungslücken, wie beispielsweise in Marzahn-Hellersdorf. Mindestens drei inklusive  
781 Sportstätten pro Bezirk sollen entstehen, und frei zugängliche Sportflächen wie  
782 Basketballkörbe, Calisthenics-Anlagen und Tischtennisplatten werden ausgebaut. Wir stärken  
783 die Bürger\*innen-Beteiligung bei der Planung neuer Sportflächen und wollen dadurch Räume und  
784 Angebote schaffen, die die Teilhabe und Nutzung dieser Flächen insbesondere durch FLINTA-  
785 Personen, die bisher unterdurchschnittlich von solchen Flächen profitieren, aktiv fördert.

786 Auch neu errichtete Typensporthallen müssen bei der Barrierefreiheit modernen Standards  
787 entsprechen. Als fachliche Leitlinie wollen wir den „Kriterienkatalog Inklusive  
788 Sportstätten“ verbindlich festlegen. Kunstrasenplätze sollen ohne Mikroplastik-Infill und  
789 recyclingfähig gebaut, Eisflächen modernisiert und zukünftig klimaneutral betrieben werden.  
790 Abwärme von Kälteanlagen wollen wir sinnvoll nutzen.

791 Die Vergabe der Sportstätten soll gerecht, digital und transparent nachvollziehbar sein.  
792 Außengelände von Schulen sollen nach Schulschluss zugänglich sein. Sport im Freien soll –  
793 unter Berücksichtigung des Lärmschutzes – auch abends möglich sein. Mit Hilfe einer  
794 Schlechtwetterstrategie für Skateboardanlagen und Co. soll erarbeitet werden, wie  
795 Überdachungen genutzt werden oder gebaut werden können.

796 Schwimmenlernen flächendeckend ermöglichen

797 Wir Grüne wollen alle Bezirke mit sanierten, barrierefreien und ökologisch nachhaltigen  
798 Schwimmbädern ausstatten und sicherstellen, dass jedes Kind in Berlin schwimmen lernt. Dazu  
799 aktivieren wir Schulschwimmschulen und schaffen zusätzliche Ferienkurse. Wir wollen  
800 zusätzliche Wasserzeiten schaffen und damit auch mehr separate Schwimmunterrichtsangebote  
801 sowie Schwimmzeiten für Frauen und Mädchen bzw. FLINTA-Personen ermöglichen.

802 Die Berliner Bäder werden energetisch saniert, um Strom- und Wärmeversorgung zu optimieren  
803 und die Kosten zu senken. Dabei sollen regelmäßig Systeme zur Rückgewinnung der Wärme aus  
804 dem Abwasser und der Abluft der Bäder zum Einsatz kommen. Schwimmbäder sind wichtige  
805 Freizeit- und Sportstätten für alle Berliner\*innen. Doch in Berlin mangelt es an  
806 Schwimmbädern, weshalb wir eine Schwimmbadoffensive starten und Bäder schnell neubauen und  
807 wiedereröffnen. Besonders in Bezirken mit fehlender Infrastruktur wird gezielt investiert,  
808 damit Schwimmen keine Frage des Wohnorts ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es  
809 endlich ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf, dem einzigen Bezirk ohne Sommerbad, gibt. Für

810 Freiwilligendienstleistende wollen wir den Eintritt in Schwimm- und Freibäder kostenfrei  
811 ermöglichen und für Schüler\*innen so gestalten, dass er fair und für alle bezahlbar ist. Wir  
812 werden die gestrichenen Schwimmbusse wieder ermöglichen und dauerhaft überall, wo sie  
813 benötigt werden, absichern. Die Entscheidungen der Bäderbetriebe müssen dringend  
814 transparenter werden. Die Bezirke müssen bei wichtigen Entscheidungen konsequent  
815 miteinbezogen werden. Wir setzen uns deshalb für eine obligatorische Präsenzpflicht der  
816 Bäderbetriebe in allen Beiratssitzungen und die Berufung von Öffentlichkeitsvertreter\*innen  
817 ein. Ein Veto-Recht der Bezirksvertreter\*innen bei investitions- und preispolitischen  
818 Entscheidungen prüfen wir.

819 Stadien als Orte des Zusammenkommens fördern

820 Profisport soll sichere und inklusive Räume für alle Fans bieten. Wir Bündnisgrüne setzen  
821 uns dafür ein, dass Stadien Orte der Begegnung bleiben, in denen Gewalt und Diskriminierung  
822 keinen Platz haben. Dafür wollen wir präventive Maßnahmen, wie Fanarbeit, Awareness-  
823 Strukturen und Konflikttraining weiterentwickeln und stärken.

824 Veranstalter, Vereine und Verbände, insbesondere DFL und DFB, tragen Verantwortung für die  
825 Situation im Stadion: Sie müssen präventive Strukturen nicht nur organisatorisch, sondern  
826 auch finanziell unterstützen. So werden Eskalationen frühzeitig verhindert und Stadien zu  
827 sicheren, inklusiven Orten für alle Fans.

828 Die Einstufung von Spielen als Hochrisikospielen muss nach klaren, transparenten Kriterien  
829 erfolgen, welche nachvollziehbar und überprüfbar sind. Für die zusätzlichen  
830 Sicherheitskosten bei solchen Spielen wollen wir uns auf Bundesebene für alternative  
831 Finanzierungsmodelle einsetzen.

### 832 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 1)

833 Wenn Dächer zu Kraftwerken werden – Solarpflicht auf öffentlichen  
834 Gebäuden konsequent umsetzen

835 Wir Bündnisgrüne machen Berlins Dächer zu Kraftwerken für die Energiewende. Öffentliche  
836 Gebäude müssen konsequent mit Solaranlagen ausgestattet werden – verbindlich, transparent  
837 und überprüfbar. Ein klarer Umsetzungsplan legt Prioritäten, Zeitpläne und jährliche  
838 Ausbauziele fest, um Fortschritte nachzuvollziehen, mögliche Hindernisse frühzeitig zu  
839 erkennen und Anpassungen im Umsetzungsprozess vorzunehmen. So senken wir langfristig  
840 Energiekosten, entlasten den Haushalt und bringen Berlin beim Klimaschutz auf Kurs.

841 Eine Million Bäume für Berlin

842 Berlin hat enormes ungenutztes Potenzial für mehr Stadtgrün – auf Höfen, Firmengeländen und  
843 öffentlichen Plätzen. Wir Bündnisgrüne wollen dieses Potenzial heben. Unser Ziel: eine  
844 Million Bäume für Berlin. Deshalb werden wir das BäumePlus-Gesetz konsequent umsetzen. Wir  
845 schaffen klare Verantwortlichkeiten in der Verwaltung, begleiten die Umsetzung engmaschig  
846 und ermöglichen es den Straßen- und Grünflächenämtern, ihrer Aufgabe nachzukommen. Vorrangig  
847 sollen klimaresiliente Bäume in Hitze-Hotspots, auf stark versiegelten Flächen und in dicht  
848 bebauten Kiezen gepflanzt werden. Auch bei Straßenbäumen achten wir auf Biodiversität. Durch  
849 innovative Lösungen wie Wurzelkammersysteme kommen Straßenplanungen mit deutlich weniger  
850 Fällungen aus. Damit die Bäume dauerhaft gedeihen, sorgen wir für verlässliche Pflege, kluge  
851 Regenwassernutzung und innovative Beteiligungs- und Kooperationsmodelle. Dazu werden wir

852 gemeinsam mit Landesunternehmen und privaten Akteur\*innen geeignete Pflanzflächen  
853 identifizieren und Begrünung verbindlich in Bau- und Sanierungsprojekte integrieren. Ein  
854 landesweiter Fonds für Stadtgrün soll die Finanzierung langfristig sichern. Durch ein  
855 digitales Baumkataster und Patenschaftsprogramme binden wir Bürger\*innen aktiv in Pflanzung  
856 und Pflege ein und machen Fortschritte transparent. So wächst Berlin zur klimaresilienten,  
857 biodiversen und lebenswerten Metropole mit einer Million neuer Bäume heran.

858 Für eine saubere, lebenswerte Stadt – zusammen mit der Berliner  
859 Stadtreinigung (BSR)

860 Wir machen die Lösung von Berlins Müllproblem zur Priorität. Dafür werden wir schnell eine  
861 stadtweite Verpackungssteuer einführen, die den Verpackungsmüll merklich reduzieren wird.  
862 Aber wir hören bei Müllreduzierung nicht auf. Jeder Berliner Haushalt soll künftig einmal im  
863 Jahr Anspruch auf eine kostenfreie Sperrmüllabholung durch die BSR haben. So ermöglichen wir  
864 eine unkomplizierte und fachgerechte Entsorgung – auch für Menschen ohne Auto. Das entlastet  
865 die Kieze von illegal abgelagertem Müll und stärkt den fairen Zugang zu städtischen  
866 Dienstleistungen. Darüber hinaus wollen wir Grüne, dass die BSR ihr Know-how und ihre hohen  
867 Standards künftig auch bei der Reinigung von allen Spielplätzen und Grünanlagen sowie  
868 besonders verschmutzten Ecken der Stadt einbringt. Wo die BSR Verantwortung trägt, wird  
869 regelmäßig gereinigt, Müll fachgerecht entsorgt und die Sauberkeit verlässlich gesichert. So  
870 schaffen wir saubere, lebenswerte Stadträume und entlasten gleichzeitig die bezirklichen  
871 Grünflächenämter. Deren Gärtner\*innen gewinnen wieder Zeit, um sich auf ihre eigentliche  
872 Aufgabe zu konzentrieren: die Pflege von Pflanzen, Beeten und Wiesen – für ein grüneres und  
873 schöneres Berlin.